

Pressemitteilung

Bürgerversammlung zum Thema  
Asylbewerberunterbringung

Mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zum Standort einer zentralen Asylbewerberunterkunft hinter dem Atrium ist ein wichtiger Schritt getan, dass die Stadt Schwalbach Ihrer Verpflichtung gegenüber dem Main-Taunus-Kreis zur Unterbringung von 39 Asylbewerbern nachkommen kann. Neben der kleinen zentralen Einrichtung für bis zu 26 Personen werden Wohnungen, insbesondere für Familienunterbringung (ca. 13 Personen), zur Verfügung gestellt.

Die UL geht davon aus, dass der Vorschlag des Magistrates, der auch vom „Runden Tisch“ unterstützt wird, im Stadtparlament eine Mehrheit findet. Mit dem Beschluss allein ist es aber nicht getan. Die UL hat daher einen Antrag zur Einberufung einer Bürgerversammlung durch die Stadtverordnetenvorsteherin zur nächsten Sitzung des Stadtparlaments eingebracht.

Es ist wichtig, die Bürgerinnen und Bürger Schwalbachs über diese Entscheidung direkt zu informieren und den Umfang der Unterbringung zu erläutern. Dazu gehört aber auch, sich Gedanken zu machen, wie die Asylbewerber persönlich unterstützt werden können, damit sie sich in Schwalbach aufgenommen fühlen und die vielen Schritte zur Integration gehen können. Neben der hauptamtlichen Arbeit von Sozialarbeiten, die der Main-Taunus-Kreis für diese Arbeit beauftragt, ist viel ehrenamtliche Engagement erforderlich.

Die Menschen, die zu uns kommen, haben traumatische Ereignisse hinter sich. Sie haben Schreckliches erlebt und suchen nun eine neue Perspektive für ihr Leben. Die Vergangenheit hat schon gezeigt, dass Schwalbacher Bürgerinnen und Bürger bereit sind, diesen Menschen zu helfen uns zu unterstützen. Damit diese Arbeit auch zielgerichtet wirken kann, hat das Diakonische Werk dafür eine Koordinierungsstelle eingerichtet.

Ferner müssen die städtischen Gremien (Magistrat und Stadtverordnetenversammlung) dieses Engagement unterstützen und die Asylbewerber in unserer Mitte willkommen heißen.

Enrico Straka, Fraktionsvorsitzender